

Wo steht der amerikanische Liberalismus?

Autor(en): **Molnar, Thomas**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **52 (1972-1973)**

Heft 8

PDF erstellt am: **07.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-162776>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Wo steht der amerikanische Liberalismus?

Geteilte Meinungen

In Europa wurde und wird viel über den «Liberalismus» in Amerika geschrieben. Leider vermögen die meisten Darstellungen nicht zu befriedigen, da ihre Verfasser von den ideologischen Gegebenheiten Europas ausgehen. Sofern sie die Vereinigten Staaten nicht ausserordentlich gut kennen – und Tocqueville bleibt, was seine Kenntnisse *und* sein Einfühlungsvermögen angeht, noch immer unübertroffen –, neigen europäische Autoren dazu, den amerikanischen Liberalismus entweder in die Kategorie des alten europäischen Liberalismus einzuordnen oder ihn mit einem auf amerikanischem Boden von einer spezifisch einheimischen und rein pragmatischen Schule beeinflussten und geprägten Progressivismus gleichzusetzen. Beiden Interpretationen des amerikanischen Liberalismus liegt die von der modernen Sozialwissenschaft geübte Betrachtungsweise zugrunde. Diese zeichnet sich einerseits durch die Geringschätzung der politischen Philosophie und andererseits durch das mit Eifer betriebene Studium der Funktion von Gemeinschaftsmythen aus. Wenn daher europäische Autoren die amerikanischen Verhältnisse beschreiben, stützen sie sich vorzugsweise auf die Aussagen amerikanischer Soziologen, in deren Kreisen die Verachtung für alles und jedes nachgerade zu einem Dogma erhoben worden ist. Infolgedessen lassen sich Irrtümer und unzulängliche Einsichten – in unserem Fall in das Wesen des amerikanischen Liberalismus – kaum mehr korrigieren.

In Amerika selbst herrscht schon seit Jahrzehnten ein Meinungsstreit über die Natur dieses Liberalismus. Die konservativen Gewährsleute behaupten, die ursprüngliche Idee eines freien und dezentralisierten Staatswesens sei allmählich durch die Vorkämpfer der Massendemokratie verfälscht worden, und zwar in gleichem Masse, wie im Verlauf des Einwanderungsprozesses neue Bevölkerungselemente und Klassen zur Schöpfung der Gründerväter hinzugetreten seien. Nach ihrer Ansicht waren die Gründerväter erfüllt von den in England entwickelten Idealen vom Wesen einer politischen Gemeinschaft; ja, in Tat und Wahrheit verkörperten im späten 18. Jahrhundert vor allem *sie* und nicht das damalige England diese Ideale. Logischerweise verehren die amerikanischen Konservativen ihren Helden in der Person des irisch-britischen Staatsmannes Edmund Burke, der im Parlament von Westminster die Anliegen der aufständischen Kolonisten ver-

teidigte. Diese Kolonisten sind folglich nicht als Rebellen zu betrachten, sondern ganz im Gegenteil als Wiederhersteller von Recht und Gesetz.

Im Gegensatz zu dieser Theorie erklären die amerikanischen Liberalen, die Vereinigten Staaten seien ein Produkt der Aufklärung und der Menschenrechte, eine «liberale» Schöpfung von Anfang an. Sie habe sich seit jeher durch ihre Fähigkeit ausgezeichnet, sich in jeder Krisensituation fortwährend weiter zu liberalisieren. Als entscheidende Etappen dieses Prozesses bezeichnen sie die Phase der Demokratisierung unter Präsident Jackson, den Sezessionskrieg, die Zeit der Arbeiterbewegung, Roosevelts Politik des New Deal und die Präsidentschaft Kennedys. Wie wir sehen, stehen die beiden Auffassungen vom amerikanischen Selbstverständnis in diametralem Gegensatz zueinander, und nach liberalem Ermessen ist für den Konservatismus weder im amerikanischen Regierungssystem noch in der amerikanischen politischen Theorie Platz.

Nach Vietnam: eine neue Phase der «Liberalisierung»?

Es liegt mir fern, an dieser Stelle die Überfülle von Artikeln über den Krieg in Vietnam durch einen weiteren Beitrag zu bereichern. Ich möchte jedoch versuchen, das ganze Phänomen ausschliesslich im Sinne einer neuen «Krisensituation» zu würdigen, die, gemäss der oben erwähnten liberalen Auffassung, eine weitere Phase der «Liberalisierung» in den Vereinigten Staaten einleiten könnte.

Im allgemeinen zeichnet sich der amerikanische Konservative (das heisst grob gesprochen der den Republikanern nahestehende Wähler und Intellektuelle) nicht durch missionarischen Eifer für weltweite Intervention und Verbreitung demokratischer Ideale aus. Wie wir sahen, fällt es ihm ohnehin schwer zu glauben, sein Land sei eine Demokratie. Er ist eher davon überzeugt, dass sich die Menschen in keinem andern Land und unter keiner andern Regierung jener Freiheiten erfreuen, die zu geniessen die amerikanischen Bürger das Vorrecht haben. Kurzum, er ist mindestens potentiell ein Isolationist und sieht seine Regierung höchst ungern in der Rolle des Weltpolizisten. Der Liberale hingegen hält sich für den Abkömmling der puritanischen Gründerväter Neuenglands. Er gebärdet sich als ein Prophet, der in den Vereinigten Staaten das Gottesreich eines Neuen Zion errichten und andere Völker zu seinem Glauben bekehren will. Entsprechend dem heute von den rebellischen Studenten und ihren oft nicht mehr ganz jungen ideologischen Gewährsleuten geübten Sprachgebrauch heisst das, die USA schuldeten es sich selbst *und* der Welt, ihr reines, das heisst progressives Image wiederherzustellen, um die Menschheit durch die Verkündung des amerikanischen Ideals nochmals von Elend, Krieg und

Tyrannie zu erlösen. Dies ist natürlich im Grunde genommen eine nicht weniger *isolationistische* Haltung als der selbstgewählte Rückzug der Konservativen in ein «freies Amerika inmitten einer unfreien Menschheit». Der wesentliche Unterschied liegt darin, dass dem Liberalen ein fernes und utopisches Bild von seinem Land und der Welt vorschwebt und er mit Ungeduld den Tag herbeisehnt, da es hier auf Erden konkrete Gestalt annimmt.

In dieser Hinsicht stellt der Vietnamkrieg eine ebenso gute Gelegenheit dar wie vor rund vierzig Jahren der Zusammenbruch an der Wall Street und der Beginn der Roosevelt'schen Reformbewegung. Nach liberaler Ansicht wurde in beiden Fällen das Image der Vereinigten Staaten, der amerikanische Traum, zerstört. Während aber 1932 eine «liberale Heldengestalt» erschien, die Amerika wieder zu sich selbst zurückführte, ist seit 1960 zur grossen Enttäuschung der Liberalen der Retter noch nirgendwo in Sicht. Rückblickend haben sowohl Kennedy wie Johnson die in sie gesetzten Erwartungen enttäuscht, und, wer weiss, vielleicht trifft morgen schon der gleiche Vorwurf auch McGovern. Es wäre folglich falsch zu glauben, die Masse der Neoliberalen oder Progressiven betrachteten die Angehörigen des Kennedy-Clans oder selbst McGovern als die berufenen Erneuerer Amerikas. Roosevelt war eine charismatische Gestalt und vermochte allein schon durch seine Gegenwart die Überzeugung zu wecken, es sei nicht zu spät, die Nation aus ihrer durch die verantwortungslosen Machenschaften einiger Geschäftsleute verursachten Notlage herauszuführen. Da sich aber in unseren Tagen der Vietnamkrieg endlos hinzieht und keine charismatische Gestalt am Horizont auftaucht, fressen sich die aufgeworfenen Fragen in die innersten, von den grossen nationalen Mythen erfüllten Fasern der Nation. Sie vergiften das soziale Klima, solange niemand den Mut oder die Fähigkeit hat, neue Mythen zu schaffen oder wenigstens die offenen Fragen zu beantworten.

Auf der Strasse nach Utopia

Die ungeduldigsten Fragesteller sind die in Vietnam dienenden Soldaten und Offiziere. Ihre Fragen tauchen auch in der Heimat auf und schaffen dort zusätzliche Verwirrung. Möglicherweise ist der Vietnamkrieg das letzte militärisch-politische Engagement nennenswerter Grössenordnung, in das sich Washington in der «amerikanischen Epoche» nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges verstrickt sieht. Während eines Vierteljahrhunderts wurde den in ihrem praktischen Verhalten konservativen und in ihrer ideologischen Einstellung liberalen Amerikanern gesagt, das «gute» Amerika müsse der «schlechten» (lies kommunistischen, feudalistischen und ganz

allgemein unfreien) Welt den *demokratischen* und *freiheitlichen* Weg weisen. Diese beiden Worte, nicht mehr und nicht weniger, veranlassten bisher den Durchschnittsamerikaner, sein Gewehr zu ergreifen, Haus und Familie zu verlassen und fern der Heimat zu kämpfen. Aber die Länge und das Elend des Krieges, über den man sich täglich am Fernsehen orientieren kann, haben im Amerikaner doch Zweifel geweckt, ob 1. der Krieg wirklich um der Demokratie in Indochina willen geführt wird und ob 2. die Heimatfront, die man bis anhin ohne weitere Diskussion als «rein» und damit für den demokratischen Kreuzzug bereit erachtete, tatsächlich noch der Schauplatz eines gerechten Systems sei.

Es sind nicht unbedingt und ausschliesslich Liberale, welche solche Fragen aufwerfen. Die gleichen Gedanken machen sich heute auch zahllose sogenannte Durchschnittsamerikaner, die Kinder und Enkel einer Generation, die sich vom Kapitalismus der frühen dreissiger Jahre verraten gefühlt hatte. Sie fühlen sich heute von der Demokratie verraten, unter der sie weniger eine politische Theorie verstehen als vielmehr eine Lebens- und Verhaltensweise, die, wie es immer hiess, allen andern überlegen sei. Die Liberalen oder Neoliberalen sehen in der heutigen Situation den Anbruch einer neuen schöpferischen Periode, die, je nach Betrachtungsweise, die Geburt eines zweiten, eines dritten oder eines x-ten Amerika einleite. Es bedürfe nun des vollen Einsatzes, um das neue Amerika noch «amerikanischer» zu machen. Dies geschehe am besten dadurch, dass man beharrlich Schritt für Schritt auf der Strasse nach Utopia weitergehe. Wir können diese neoliberale Rhetorik nur verstehen, wenn wir uns vor Augen halten, dass für sie die modernen Ideologien eine verhältnismässig bescheidene und sicher nicht gründlich durchdachte Rolle spielen. Vielmehr bringt sie eine typisch amerikanische Denkweise zum Ausdruck.

Einer Analyse dieser Denkweise, ihrer Ursprünge und ihrer Verästelungen könnte man ein ganzes Buch widmen. Für die Aussenwelt und besonders für die Verbündeten stellt sie infolge ihres zwiespältigen Aspektes eine gefährliche Erscheinung dar. Während es ganz offenkundig in der Natur des Kommunismus liegt, sich unablässig auszubreiten, bis alle «Proletarier» im gleichen gelobten Land zusammengefasst sind, nimmt sich die amerikanische Ideologie viel unberechenbarer aus. Sie beinhaltet gleichermaßen den expansionistischen Eifer *und* den ersehnten Verzicht auf die Expansion, den Unwillen über die verlorene Unschuld *und* den wiedererwachten Wunsch nach einer moralischen Entrümpelung des eigenen Hauses vor der Inangriffnahme neuer Aufgaben. Im heutigen Sprachgebrauch nennt sich das die «Neuordnung der Prioritäten», ein wahrhaft mythischer Begriff, welcher Zorn und Reue über die jüngste Vergangenheit in sich schliesst.

Konservative, Liberale, Neoliberale

Anstatt uns hier über den Inhalt des Liberalismus und des Neoliberalismus zu verbreiten, wollen wir kurz darstellen, wie sich die «Heimkehr» Amerikas – ein die heutige Situation treffend charakterisierender Wahlkampfeslogan McGovern – in der Praxis ausnimmt. Dazu eine erste Bemerkung: Wenn die Konservativen in diesem im Grunde genommen intern-liberalen Meinungsstreit überhaupt eine Rolle zu spielen haben, so nimmt sich diese Rolle recht überraschend aus. Entgegen einer verbreiteten Meinung sind nämlich die Konservativen nicht Kriegshetzer, sondern eher Anhänger des «Stillesitzens». Daher kommt ihr Gewicht, ob gewollt oder nicht, den liberalen «Erneuerern» des amerikanischen Mythos zustatten oder, konkret gesagt, den Isolationisten und all jenen, die den über 25 Jahre sich hinziehenden Versuch, ein amerikanisches Weltreich zu schaffen, verurteilen.

Ein Marxist würde sagen, die Konservativen, vor allem die «Ultras» unter ihnen, seien objektiv betrachtet Verbündete der Neuen Linken, das heisst der neuen Spielart des Liberalismus. Während beispielsweise die Neoliberalen das nach Beendigung des Vietnamkrieges «gesparte» Geld für die «Neuverteilung der Einkommen» (zugunsten der Schwarzen, öffentlicher Projekte, der Rehabilitierung von Minoritäten und der Dritten Welt) ausgeben wollen, hoffen die immer auf Steuersenkungen erpichten Konservativen, das «gesparte» Geld werde zur Ermunterung des privaten Unternehmertums und zur Förderung des privaten Konsums verwendet. Offensichtlich sprechen die Anhänger beider Lager nicht über die gleiche Sache; angesichts der gegenwärtigen Situation liegen aber ihre Nahziele – Kriegsabbruch und Geldersparnis – auf der gleichen Linie und wirken sich in der Politik im gleichen Sinne aus. Freilich hätten die Konservativen gegen die heute noch gültigen «Prioritäten» niemals einen derartigen Proteststurm ausgelöst, wie ihn die Neoliberalen schon seit längerer Zeit in Szene setzen.

Ebenso typisch amerikanisch mutet es an, dass die alten Liberalen und die Neophyten durch die momentane – und nur scheinbar ideologische – Kluft nicht für lange Zeit getrennt sein werden, da, es sei hier wiederholt, eine solche Kluft gar nicht wirklich existiert. Freilich wird die Versöhnung wohl kaum eine schnelle oder einfache Angelegenheit sein. Den Grund dafür möchte ich anhand von zwei Beispielen zeigen. In der Stadt New York, seit jeher ein Bollwerk der Demokratischen Partei, ist sich die ältere Generation der Liberalen (wir können sie aufgrund ihres Alters und ihrer Gesinnung als Roosevelt-Liberale bezeichnen) bewusst, dass die Nominierung von George McGovern und die damit verbundenen unlieb-

samen Begleiterscheinungen der Partei und damit der liberalen Bewegung diese wertvolle Stadt kosten könnten. Infolgedessen bemühen sich die alten Liberalen, zwischen den zerstrittenen Lagern als Vermittler zu wirken. Der ehemalige Bürgermeister Robert Wagner steht an der Spitze einer Gruppe von Veteranen, die sich zum Ziel gesetzt hat, die Jungtürken zu «zähmen» und zu retten, was zu retten ist. Die hier vorliegende Spaltung ist nicht von der gleichen Art wie jene zwischen der SPD und den «Jusos» in Deutschland oder jene zwischen den Sozialisten und dem PSU in Frankreich. Die amerikanischen Neoliberalen, mit Ausnahme der leidenschaftlichsten und verzweifeltsten Elemente, wissen nämlich sehr wohl, dass sie von der Entstehung einer neuen politischen Partei, der vielgerühmten dritten Partei, niemals auch nur träumen können, verliert doch eine solche Partei, ob rechts oder links stehend, die Wahlen regelmässig. Daher zwingt die Elastizität (oder, wie andere lieber sagen, die Zwangsjacke) der amerikanischen Innenpolitik die Rebellen, mit den älteren Liberalen irgendwie ins Einvernehmen zu kommen. Andernfalls würden sie nämlich fast jegliches politische Gewicht verlieren. Umgekehrt sind auch die älteren Liberalen zu Konzessionen gegenüber den jungen und rebellischen Elementen bereit, um die Parteieinheit zu retten und insbesondere die Kontinuität der amerikanischen liberalen Tradition – mindestens was *sie* darunter verstehen – zu bewahren.

Im demokratischen Chicago: Widerstand gegen McGovern

Man kann freilich nicht behaupten, in allen anderen Städten bestehe die gleiche Situation wie in New York. In Chicago und überhaupt im ganzen Staat Illinois lässt das demokratische Establishment zur Zeit der Niederschrift dieses Beitrages noch keine Bereitschaft erkennen, sich mit McGovern und seiner Gefolgschaft zu arrangieren. Der Grund dafür ist, wenn überhaupt, nur zum geringsten Teil ideologischer Art. Chicago und der ganze administrative «Apparat» von Illinois werden von Bürgermeister Daley beherrscht, einem politischen Schwergewichtler irischer Abstammung, der den Staat und die Stadt durch Patronage unter seine ausschliessliche Kontrolle gebracht hat. Abertausende von Beamten in allen nur denkbaren Stellen wissen sehr wohl, dass ihre Arbeitsplätze und ihre offiziellen und inoffiziellen Einkünfte von Bürgermeister Daley und seiner Organisation abhängen. Natürlich sind Daley und seine Leute Demokraten, und zwar so sehr, dass, wie man gerüchteweise vernimmt, John F. Kennedy 1960 seinen Sieg dem für ihn in Illinois herausgepressten knappen Stimmentvorsprung verdankte. Spasseshalber wird da und dort gesagt, Bürger-

meister Daley sei ein so guter Demokrat, dass er allen Bürgern, ob tot oder lebendig, das Stimmrecht gebe. Der Sieg Kennedys wäre somit der Erlaubnis Daleys zuzuschreiben, auch die Toten in die Wahllokale zu schicken – und die Lebenden mitunter *zweimal*.

Bürgermeister Daley leistete schon auf dem Parteikonvent von Miami McGovern Widerstand und verharrt bis heute in dieser Haltung. Seine Kaderleute haben dem Vernehmen nach die inoffizielle Weisung erhalten, solche Wähler, die für Nixon und nicht für den demokratischen Kandidaten zu stimmen beabsichtigten, nicht mehr weiter zu bearbeiten und sie nur zu bewegen, mit ihrer Stimmabgabe für den Sieg von Daley-Kandidaten für lokale Ämter zu sorgen. Warum bekämpft Daley eigentlich McGovern? Zwei Gründe liegen offen zutage. Erstens verwahrt sich Daley gegen die allenthalben zur Modeströmung gewordene Immoralität und kann Leute, welche an der Heiligkeit der Familie und der Familienmoral rütteln, nicht ausstehen. Bekanntlich haben sich im Lager McGoverns scharenweise Vorkämpfer der «neuen Moral» eingefunden. Der zweite Grund ist machtpolitischer Art: Im Falle eines Sieges würde nämlich ein auf Rache erpichtes McGovern mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln versuchen, seine eigenen Leute in die Schlüsselpositionen von Chicago zu bringen. Er könnte dies als Haupt der Demokratischen Partei auch tun. Somit kämpft Daley für sein eigenes politisches Überleben wie auch für das Überleben seiner Klienten und seines persönlichen Reiches.

Es sei hier auch erwähnt, dass Bürgermeister Daley – und mit ihm viele andere Koryphäen seiner Partei – ganz einfach nicht glaubt, dass McGovern auch nur die geringste Chance hat, ins Weisse Haus einzuziehen. Er hält mit andern Worten dafür, dass der Neoliberalismus in Amerika nicht gewinnen kann, und dass bis jetzt auch noch keine brauchbare Alternative an die Stelle des alten Liberalismus getreten ist. Im vorliegenden Beitrag geht es nicht darum zu entscheiden, ob Daley recht hat oder nicht, und schliesslich teilen, wie erwähnt, die etablierten New Yorker Liberalen seine Ansichten auch nicht. Es steht nun aber einmal fest, dass der Neoliberalismus mit all seinen neu-linken Auswüchsen in der politischen Arena der USA Einzug gehalten hat. Dies demonstriert schon die Tatsache, dass sich einige alte Liberale gegen diese Entwicklung stemmen, während andere darin eine zukunftsverheissende neue Welle sehen. Unsere Frage lautet somit: Was bringt der Neoliberalismus in seinem ideologischen Gepäck mit sich? Und eine zweite, ebenso wichtige Frage heisst: Würde er sich, einmal an der Macht oder in Reichweite der Macht, an die «Spielregeln» der amerikanischen Demokratie halten, Mehrheitsbeschlüsse akzeptieren und letzten Endes ein gewisses «fair play» betreiben?

Neoliberalismus als Promotor?

In dieser Hinsicht bedeuten McGovern's bisherige Verlautbarungen nicht viel mehr als unverbindliche Hinweise. Unmittelbar nachdem er sein Programm erläutert hatte, wurde er bekanntlich beschuldigt, «die Reichen melken» zu wollen. Er rückte darauf sofort von den ursprünglich geäußerten Zahlen ab und verkündete, dass natürlich nur die Bezüger von Jahreseinkommen von über 22000 Dollar für sein soziales Reformprogramm zu zahlen haben würden. Er wollte also, mit andern Worten, den grössten Teil der amerikanischen Wähler, deren Einkommen zwischen 10000 und 20000 Dollar liegt, nicht noch weiter kopfscheu machen und ihnen versichern, er hege keine konfiskatorischen Finanzpläne. Mit dieser und ähnlichen Erklärungen hat sich McGovern jedoch die Unterstützung vieler bisheriger Gefolgsleute, die weiter links stehen, verscherzt. Diese sehen in ihm neuerdings einen Verräter, der sich an das Establishment verkauft.

Wenn sich auch der demokratische Präsidentschaftskandidat vielleicht zu einem Mann der Kompromisse durchmausern wird, so schliesst das doch die Möglichkeit nicht aus, dass der Neoliberalismus bald einmal mehr als nur eine weitere Radikalisierung des Liberalismus bedeuten könnte. Es lässt sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht sagen, ob er sich zu einer zweiten «Rooseveltschen Revolution» entwickeln oder noch viel weiter darüber hinaus gehen wird. Die Antwort hängt zum Teil von Faktoren ab, die bis jetzt noch unbekannt Grössen sind: Die grossen Städte sind heute noch neoliberale Machtbasen; bereits aber beginnt die weisse Bevölkerung auszuziehen, nicht zuletzt, um dem «bussing», das heisst dem Autobustransport weisser Schulkinder in integrierte Schulen, zu entgehen. Ferner sind wir heute Zeugen des Zusammenbruchs des Pluralismus und der einst gepriesenen Idee des amerikanischen Schmelztiegels. Erwähnt seien schliesslich auch der Trend in Richtung Massendemokratie mit neuen, der abendländisch-christlichen Überlieferung wesensfremden Merkmalen sowie die verbreitete Unzufriedenheit mit Institutionen, die nicht mehr schützen und erziehen, sondern zu Quellen der Gefahr für beträchtliche Teile der Bevölkerung zu werden drohen. Solche Institutionen sind die Gerichtshöfe, die Volksschule und das Parteiensystem selbst, in dem Millionen von Menschen, wenn auch nicht in jedem Fall die gleichen Leute, eine subversive Konzentration antidemokratischer Kräfte sehen.

Gesamthaft scheint es mir heute je länger desto wahrscheinlicher, dass die Nation, sofern der traditionelle amerikanische Liberalismus seiner immanenten Logik gehorcht, zuerst einen psychologischen und dann einen institutionellen Zusammenbruch erleben könnte, und dies schon in naher Zukunft. Gerade weil die Vereinigten Staaten ein «liberales» Unternehmen

sind (und ich neige hier dazu, der eingangs erwähnten zweiten Interpretation von Amerika beizupflichten), lautet die entscheidende Frage, ob es den alten Liberalen gelingen wird, die Jungtürken zu assimilieren, wie es in früheren Zeiten ja so oft der Fall war. Die alten Liberalen sind jedoch bankrott und korrupt; sie leben nur noch von überholten Interpretationen und abgestandener Rhetorik. Daher könnte ebensogut wenn nicht sogar noch eher der Fall eintreten, dass sich der Neoliberalismus in Ermangelung eines Gegengewichtes in der amerikanischen Gesellschaft in zunehmendem Masse von der Neuen Linken angezogen fühlt und sich mit der falschen Hoffnung tröstet, diese Neue Linke verkörpere eine Fortführung der liberalen Tradition. Trotz ihrer offen zur Schau gestellten Verachtung für die Politik verachtet die Neue Linke nämlich nur eine bestimmte Spielart der Politik – in Tat und Wahrheit ausgerechnet die liberale Spielart. Die Macht hingegen verachtet sie keineswegs. Ihr Macht-hunger ist unersättlich, und viele alte und neue Liberale lassen sich durch diesen hartnäckigen Kampf um die Macht verführen. Hier liegt die Krux des heutigen amerikanischen Liberalismus und damit die Krux der amerikanischen Gesellschaft schlechthin.

Wohlfahrtsstaat und «Weltreichspolitik»

Diesem letzten Satz kommt ganz konkrete Bedeutung zu. In der Erörterung über das Wesen des heutigen Liberalismus wie auch im Meinungsstreit zwischen dem alten und neuen Liberalismus einerseits und dem Konservativismus andererseits steht nämlich das Konzept des Wohlfahrtsstaates überhaupt nicht mehr zur Debatte. Allein schon diese Tatsache kommt einem «Erfolg» der Liberalen gleich, mit dem sich die Konservativen ganz einfach abfinden müssen. Zwar werden auch künftig Präsidenten und andere Amtsträger, die ja auch auf die konservativen Wähler angewiesen sind, gegen einzelne Gesetzesvorlagen ihr Veto einlegen und andere Vorhaben, welche das Familienleben einschneidend verändern könnten, modifizieren. Dies würde etwa für das «bussing» der Schulkinder oder für die vom Bund finanzierte Errichtung von *Kinderkrippen* gelten. Gesamthaft betrachtet besteht aber gleichwohl ein unaufhaltsamer Trend in Richtung Zentralisierung und Bürokratisierung. In politischer Hinsicht liefern die Konservativen heute bestenfalls noch Rückzugsgefechte. Bezeichnenderweise reden die Intellektuellen in diesem Lager nur noch davon, letzte Abwehrmassnahmen im Bereich der «*counties*» (der Bezirke) zu treffen, welchen nach ihrer Ansicht mindestens ein Teil ihrer fiskalpolitischen Selbständigkeit in Sachen Besteuerung und Ausgabegebaren erhalten bleiben sollte.

In der geschilderten Auseinandersetzung zwischen den älteren und jüngeren Liberalen spielen solche Probleme überhaupt keine Rolle mehr. Beide Seiten stellen mit Befriedigung fest, dass die Macht der Bundesregierung in den letzten Jahren enorm gewachsen ist und weiter wachsen wird. Sie vermögen sich nur nicht darüber zu einigen, welchen Aufgaben die Priorität gebührt. Höchstens *ein* qualitativer Unterschied besteht noch zwischen ihnen: Die alten Liberalen glauben als echte «Imperialisten», ein aufgeblähtes öffentliches Wohlfahrtssystem lasse sich mit einer expansionistischen Aussenpolitik vereinbaren. Ihre rund ein Vierteljahrhundert dauernde «Herrschaft» gilt nach dem Urteil einiger amerikanischer und ausländischer Autoren wohl zu Recht als der Anfang einer «Weltreichspolitik» nach klassisch-römischem Vorbild. Angesichts des wachsenden neoliberalen Einflusses und der von den Senatoren Fulbright, McGovern und anderen mit Vehemenz vorgetragenen Kritik ist dieser imperiale Traum in Misskredit geraten. Heute befassen sich alle politischen Programme in erster Linie mit Problemen der inneren Reform. Es bedarf kaum noch eines besonderen Hinweises, dass all diese Reformen, heisse der neue Präsident wie er wolle, den wohlfahrtsstaatlichen Charakter der USA nochmals akzentuieren werden. Darin liegt das Wesen und die wahre Bedeutung des Aufschwungs des Neoliberalismus.

KLAUS UND CÉCILE ERNST

Geistige Altersveränderungen und ihre praktische Bedeutung

Die Frage, was seiner im Alter harre, falls er es erreiche, pflegte dem Menschen schon immer von Zeit zu Zeit aufzutauchen. Aber heute tut sie dies häufiger. Dafür gibt es drei Gründe: einmal hat der einzelne mehr Aussicht als früher, alt zu werden. Zweitens ist die Frage nach den Altersschicksalen dank eifrigen Beobachtens und Zählens der modernen Wissenschaft beantwortbarer geworden. Und drittens gehen wir dieser Frage tagsüber gerne aus dem Wege – und eben deshalb meldet sie sich nachts um so häufiger.